

Satzung der Stadt Kelsterbach über die Nutzung von öffentlichen Kinderspielplätzen

Aufgrund der §§ 5, 19, 20 u. 51 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25.02.1952 (GVBl. I, S. 11) in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. I, S. 532) zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.10.1996 (GVBl. I, S. 456) wird gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.1997 nachstehende

Satzung über die Nutzung öffentlicher Kinderspielplätze

beschlossen (Bekanntmachung: 19.12.1997, In Kraft: 20.12.1997):

§ 1

Nutzung der öffentlichen Kinderspielplätze

- (1) Öffentliche Kinderspielplätze dürfen nur von Kindern bis zum Alter von 14 Jahren benutzt werden. Erziehungsberechtigte können die Kinder begleiten.
- (2) Die Benutzung der öffentlichen Kinderspielplätze erfolgt auf eigene Gefahr.

§ 2

Nutzungszeiten

Die öffentlichen Kinderspielplätze dürfen täglich in der Zeit von 08.00 - 20.00 Uhr zweckentsprechend genutzt werden.

§ 3

Beschilderung

Jeder öffentliche Kinderspielplatz ist durch ein entsprechendes Spielplatzschild zu kennzeichnen. Dieses Schild gibt die Nutzungszeiten, die Nutzungsberechtigten und durch Piktogramme die geltenden Verbote an.

§ 4

Nutzungsbeschränkungen

- (1) Auf den öffentlichen Kinderspielplätzen ist ausdrücklich untersagt:
 - a) die Ruhestörung mittels Tonwiedergabegeräten,
 - b) Tiere mitzuführen,
 - c) Fußball zu spielen,
 - d) Fahrradhelme beim Spielen und Klettern zu tragen (Strangulierungsgefahr),
 - e) auf dem Spielplatz mit Fahrrädern, Mofas oder Motorrädern zu fahren,
 - f) Zweige und Früchte der Anpflanzungen abzubrechen bzw. abzupflücken,
 - g) die Anlage zu verunreinigen,
 - h) offenes Feuer zu machen, zu zelten und zu lagern.

§ 5
Haftung

- (1) Die Stadt übernimmt keine Haftung für Spielunfälle.
- (2) Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten haften für ihre Kinder, insbesondere für mutwillige Sachbeschädigungen und Zerstörungen der Spielgeräte und der Anpflanzungen.

§ 6
Zuwiderhandlungen

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Satzung können nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19.02.1987 (BGBl. I, S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.10.1994 (BGBl. I, S. 3186) mit Geldbußen in Höhe von DM 5,-- bis DM 1.000,-- geahndet werden, soweit für die Zuwiderhandlung nicht nach Bundes- oder Landesrecht eine höhere Geldstrafe vorgesehen ist.

§ 7
Ersatzvornahme, Zwangsgeld

Die Befolgung der im Rahmen dieser Satzung erlassenen Verfügungen kann auch durch Ersatzvornahme (Ausführung der zu erzwingenden Handlung auf Kosten des Pflichtigen) oder durch Zwangsgeld und Maßnahmen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung durchgesetzt werden.

§ 8
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Kelsterbach, den 16.12.1997 / Ri

Der Magistrat der Stadt Kelsterbach

gez. Engisch, Bürgermeister